



FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT

 **POUR DEMAIN**
— Heute für Morgen —

FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT

Pandemien, Klimawandel, riskante Technologien: diesen zentralen Herausforderungen unserer Zeit begegnen wir mit pragmatischen Vorstössen - **zugunsten einer sicheren Zukunft für unsere Kinder, Grosskinder und deren Nachkommen.**

Pour Demain ist ein gemeinnütziger Verein, der eine **wirkungsvolle und wissenschaftlich fundierte nationale Politik fördert**: mit einer möglichst grossen positiven Wirkung auf jetzige und künftige Generationen, in der Schweiz und darüber hinaus. **Pour Demain: heute für morgen!**

Unser Ansatz:

WIRKUNGSVOLL:

Wir konzentrieren uns auf Themen, die über die Schweiz und über die nächsten Jahre hinaus Wirkung zeigen.

VERNACHLÄSSIGT:

Unsere Themen kommen im politischen Dialog zu kurz, da sie häufig technisch sind (z.B. Biosicherheit) oder keine Lobby haben (z.B. künftige Generationen).

KONKRET:

Wir gehen mit konkreten politischen Vorschlägen über einen generellen Diskurs hinaus und erzielen damit direkte Wirkung.

PARTEIPOLITISCH UNABHÄNGIG:

Unsere Vorschläge entsprechen nicht dem traditionellen Links-Rechts-Muster, daher können wir überparteiliche Lösungen finden.

Wir setzen uns ein für eine **Schweiz als innovative Vorreiterin**, die kritische **Herausforderungen** proaktiv angeht und dabei ihren **Forschungs- und Wirtschaftsstandort** stärkt.



EMPFEHLUNGEN

BIOSICHERHEIT

1. Die Schweiz baut ihre Kapazitäten zur **Erforschung und Entwicklung von neuen Impfstoffen** strategisch aus.
2. Die **Überwachung von Pandemie-Erregern** in Spitälern und im Abwasser wird fortgeführt und über SARS-CoV-2 hinaus erweitert.
3. **Zusatzstellen stärken das Biowaffenübereinkommen** in Genf, welches international biologische Waffen überwacht.
4. **Forschung in Labors der Sicherheitsstufe 3 und 4 wird noch sicherer**, analog der Sicherheitskultur im Flugverkehr (insbesondere durch unangekündigte Inspektionen mindestens alle zwei Jahre, transparente Berichterstattung bei Zwischenfällen und Personensicherheitsüberprüfungen).

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

1. Die Schweiz startet eine **Ereignisdatenbank** zur Aufnahme konkreter, von KI-Systemen verursachter Schadensfälle.
2. Der Bund stärkt die bestehenden Aktivitäten der Departemente mit weiterer Expertise und ergänzt sie mit einem **Monitoring- und Früherkennungsprogramm**, um die Entwicklung von KI zu verfolgen.
3. **Forschungsprogramm**: Entsprechend den KI-Leitlinien des Bundes wird der Forschungsstandort Schweiz in den Bereichen vertrauenswürdige und erklärbare KI gestärkt.

KLIMAWANDEL

1. Eine neue **Schweizer Green Climate Bank** fördert den Ausbau nicht-fossiler Energien im In- und Ausland mit Darlehen.
2. Die Schweizer Forschung und Innovationsförderung stärkt die Anwendung und Entwicklung **neuer Energie- und negativer Emissionstechnologien**.
3. Die Schweizer Wissenschaft forscht vermehrt dazu, wie der Klimawandel **kaskadenartig andere Systeme erschüttern kann** (z.B. Finanzwesen, Ernährungssicherheit, ...).

MITSPRACHE KÜNFTIGER GENERATIONEN

1. Der Bund **setzt vorausschauende Praktiken konsequenter um**, darunter spezifisch:
 - a. Die Generationenverträglichkeitsprüfung für neue Gesetze (Art. 141 g, Parlamentsgesetz)
 - b. Die vorgeschriebene Lage- und Umfeldanalyse alle vier Jahre durch die Bundeskanzlei.
2. Die **Task Force Wissenschaft des Bundesrates** wird zu einem ständigen Gremium und beinhaltet eine Vertretung künftiger Generationen.
3. **Neue Formate** für eine Diskussion der Anliegen künftiger Generationen werden geprüft (z.B. Subkommission Zukunft innerhalb der staatspolitischen Kommission des Parlaments).

RISIKOMANAGEMENT

1. In den öffentlichen und vertraulichen nationalen Risikoanalysen der Bundesstellen, welche sich mit diesen Analysen befassen, wird **Risiken mit hohem Schadenausmass** mehr Bedeutung beigemessen.
2. **Die Bundesstellen stärken die Zusammenarbeit im Risikomanagement**; das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) koordiniert die Arbeiten zur Analyse von Risiken mit hohem Schadenausmass.



BIOSICHERHEIT

Die Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie haben aufgezeigt, dass Pandemien eine reale Gefahr sind. Die Schweiz als Standort von internationalen Organisationen, Forschung und Pharma-Unternehmen soll als gutes Beispiel in der **Bekämpfung von Bioterror, der Pandemievorsorge und der sicheren biologischen Forschung** vorangehen.

1.

Die Schweiz baut ihre Kapazitäten zur Erforschung und Entwicklung von neuen Impfstoffen strategisch aus.

Das CHF 50 Mio. Förderprogramm des Bundes für Covid-19-Arzneimittel wird auf 100 Mio. erhöht und um andere Hochrisiko-Erreger und auf neuartige Impfstoffe (mRNA, ...) erweitert. Damit kann die Schweiz ihre Kapazitäten zur Erforschung und Entwicklung von Impfstoffen ausbauen und **schnell nötige Impfstoffe identifizieren, um in zukünftigen Pandemien gerüstet zu sein.**

2.

Die Überwachung von Pandemie-Erregern in Spitälern und im Abwasser wird fortgeführt und über SARS-CoV-2 hinaus erweitert.

Die während der Covid-Pandemie eingeführte Überwachung des SARS-CoV-2 Virus in Spitälern und im Abwasser wird weitergeführt und auf andere mögliche pandemische Erreger erweitert.



Das Ziel dieser Weiterentwicklung ist, genetisches Material aller Art zu analysieren mit Pathogen-agnostischen Technologien wie metagenomischer Sequenzierung und die Überwachung über Spitälern und Abwasser hinaus auch auf Orte wie Flughäfen zu erweitern, wo neue Pathogene zuerst auftauchen könnten. **Damit steht bei der nächsten Pandemie ein wirksames Frühwarnsystem zur Verfügung.**

3.

Zusatzstellen stärken das Biowaffenübereinkommen in Genf, welches international biologische Waffen überwacht.

Die Implementation Support Unit (ISU -- Einheit zur Unterstützung der Umsetzung) des **Biowaffenübereinkommens** in Genf, welches weltweit Biowaffenprojekte überwacht, ist mit einem jährlichen Budget von ca. CHF 1.5 Mio. stark unterbesetzt (zum Vergleich: dem Chemiewaffenübereinkommen stehen ca. CHF 70 Mio. zur Verfügung).

Ähnlich wie die EU, **stellt die Schweiz der ISU zwei zusätzliche, freiwillig finanzierte Stellen zur Verfügung**, um deren Kapazitäten zu stärken, zum Beispiel im Rahmen der Förderung des Beitritts aller Länder und der weltweiten Einhaltung des Übereinkommens, des Kapazitätsaufbaus zur Umsetzung des Übereinkommens und der Bewusstseinsbildung. Durch diese zusätzlichen Stellen könnten auch Themen abgedeckt werden, welche im Moment noch keine grosse Beachtung finden, wie die mit der Veröffentlichung von Information verbundenen Risiken (information hazards) von biologischer Forschung.

4.

Forschung in Labors der Sicherheitsstufe 3 und 4 wird noch sicherer, analog der Sicherheitskultur im Flugverkehr.

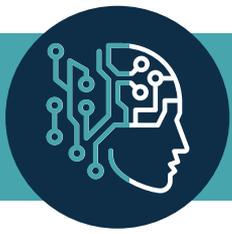
- **Unangekündigte Inspektionen** mindestens alle zwei Jahre gewährleisten die Funktionstüchtigkeit von BSL-3 und -4 Anlagen, **zum Schutz der umliegenden Umwelt, der Anwohner und der Schweizer Bevölkerung.**
- Mitarbeitende in BSL-3 und -4 Laboratorien, welche mit gefährlichen Erregern arbeiten, **absolvieren einen obligatorischen Sicherheitskurs**, wie dies im Strahlenschutz- und Chemiebereich etablierte Praxis ist, und durchlaufen eine **Personensicherheitsüberprüfung**, wie dies bei angehenden Rekruten und im Biosicherheitskontext bereits in anderen europäischen Ländern gemacht wird.

5.

Mehr Transparenz bei der Forschung mit biologischen Materialien

Vorfälle und Beinahe-Vorfälle in Hochsicherheitslabors werden in einem öffentlichen Register festgehalten. **Diese transparente Kommunikation ermöglicht die Identifizierung möglicher Schwachstellen und die ständige Verbesserung der Sicherheitsmassnahmen.** Damit folgt die Schweiz dem Beispiel anderer Länder, wo solche Datenbanken bereits existieren, und übernimmt für die Bio-Forschung erfolgreiche Konzepte aus der Sicherheitskultur des Flugverkehrs.





KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Die Schweiz kann ihre Vorreiterrolle in der Forschung und Innovation auch für die Künstliche Intelligenz wahrnehmen. Dies durch eine ausgewogene Kombination von Aktivitäten der Bundesverwaltung, der Wirtschaft und der Hochschulen.

1.

Die Schweiz startet eine Ereignisdatenbank zur Aufnahme konkreter, von KI-Systemen verursachter Schadensfälle.

Ähnlich wie für Cybervorfälle, der Flug- und Nuklearsicherheit soll die Schweiz auch **für KI-Ereignisse eine Datenbank umsetzen.** Es sollen konkrete, anonymisierte Schadensfälle aufgenommen werden, um politische **Entscheidungsträger*innen betreffend aktuelle und zukünftige Einwirkungen von KI auf dem Laufenden zu halten.** Die Datenbank soll einfach zugänglich sein für die breite Öffentlichkeit, die Behörden sowie die Forschungsgemeinschaft. Neben einer ansprechenden und einfachen Bedienungsführung stehen Expert*innen professionelle Werkzeuge wie Datendownloads, etc. zur Verfügung.

2.

Der Bund stärkt die bestehenden Aktivitäten der Departemente mit weiterer Expertise und ergänzt sie mit einem Monitoring- und Früherkennungsprogramm, um die Entwicklung von KI zu verfolgen.

Der Bund hat bereits vielversprechende Initiativen gestartet, wie das Data Science Competence Center beim Bundesamt für Statistik (BFS) oder die IKT-Lenkung bei der Bundeskanzlei. Diese sollen gezielt ergänzt werden durch Pilotprojekte in den Bereichen **Monitoring und Früherkennung**, welche unter anderem darauf abzielen, **den Wirtschaftsstandort Schweiz mittels Entwicklung und Anwendung von robusten und sicheren KI-Systemen zu stärken.**

3.

Forschungsprogramm: Entsprechend den KI-Leitlinien des Bundes wird der Forschungsstandort Schweiz in den Bereichen vertrauenswürdige und erklärbare KI gestärkt.

Die Umsetzung der KI-Leitlinien des Bundes bedingt, dass die Schweiz ihr Potential zum führenden Standort für KI-Forschung und Anwendung realisiert. Dies bedeutet unter anderem, dass **Forschung zu Vertrauenswürdigkeit und Erklärbarkeit von KI-Systemen mit einem nationalen Forschungsprogramm des SNF im Rahmen von 30 Millionen Franken unterstützt wird.**



KLIMAWANDEL

Der Klimawandel ist bereits voll im Gange, die Zeit des Abwartens ist vorbei. Die Schweiz soll vorangehen mit der **Förderung grüner Projekte** im In- und Ausland sowie **Innovationen im Energie- und negativen Emissionsbereich** vorantreiben.

1.

Eine neue Schweizer Green Climate Bank fördert den Ausbau nicht-fossiler Energien im In- und Ausland mit Darlehen.

Ein Grossteil künftiger CO₂-Emissionen der Schweiz fällt im Ausland an. Eine neu zu schaffende **Green Climate Bank stellt Kredite für nicht-fossile Energie-Projekte in der Schweiz sowie im Ausland zur Verfügung**, dabei sollen mindestens zwei Drittel der Mittel Projekte im Ausland finanzieren. Da Solar-, Wasser- und Windkraft heutzutage kompetitiv operieren, fliessen die Darlehen zurück an den Bund. Der Bund soll für diese Bank Eigenkapital zur Verfügung stellen, die Bank soll aber extern sein.

2.

Die Schweizer Forschung und Innovationsförderung stärkt die Anwendung und Entwicklung neuer Energie- und negativer Emissionstechnologien.

Auch unter optimistischen Klimaszenarien sind wir auf substanzielle **Energie-Innovationen sowie Kapazitäten für negative Emissionstechnologien** zur Entfernung von CO₂ aus der Atmosphäre angewiesen. Die Entwicklung dieser Technologien soll mit einem Betrag von 50 Millionen Franken, über ein **Nationales Forschungsprogramm** NFP des Schweizerischen Nationalfonds SNF, unterstützt werden. Neben Technologien wird explizit auch die sozial-, wirtschafts- und politikwissenschaftliche Forschung zur Verbreitung dieser Technologien einbezogen. So kann sichergestellt werden, dass neue Technologien möglichst schnell auch breit angewendet werden können.

3.

Die Schweizer Wissenschaft forscht vermehrt dazu, wie der Klimawandel kaskadenartig andere Systeme erschüttern kann (z.B. Finanzwesen, Ernährungssicherheit, ...).

Der Klimawandel ist bereits heute in der Schweiz deutlich spürbar, besonders in der Landwirtschaft, aber auch für die Bevölkerung, z.B. durch häufigere und intensivere Starkniederschläge. Deshalb ist es notwendig, Anpassungsarbeiten weiter voranzutreiben sowie zu untersuchen, **welche Kaskadeneffekte sich beispielsweise disruptiv auf das Gesundheits- oder das Finanzsystem auswirken könnten**. Diese Arbeiten sollen mit einem Betrag von 20 Millionen Franken über ein NFP des SNF finanziert werden.



KÜNFTIGE GENERATIONEN

Künftige Generationen sind massgeblich von der heutigen Politik betroffen, lassen sich aber nur schwer einbinden. Die Vertretung künftiger Generationen im politischen Prozess der Schweiz wird verstärkt. Da weitgehende Vorschläge im Parlament bisher auf Skepsis stiessen, können **Übergangslösungen** zum Einsatz kommen.

1.

Der Bund setzt vorausschauende Praktiken konsequenter um.
Spezifisch:

Die **Generationenverträglichkeitsprüfung** für neue Gesetze (Art. 141 g, Parlamentsgesetz) und die vorgeschriebene **Lage- und Umfeldanalyse** alle vier Jahre durch die Bundeskanzlei. Beide Mechanismen sind **gesetzlich vorgeschrieben, werden aber nur ansatzweise umgesetzt.**



- Die grosse Mehrheit neuer Gesetze wird dem Parlament ohne **Generationenverträglichkeitsprüfung** vorgelegt (gemäss einer Zählung der Stiftung Zukunftsrat kommt diese nur in 6% aller Fälle zum Einsatz). Der Bund kann diese Quote unter anderem dadurch erhöhen, indem anderen Stellen Beispiele/Templates für eine ideale Umsetzung dieser Klausel zur Verfügung gestellt werden.

- Die **Lage- und Umfeldanalyse** könnte methodologisch besser abgestützt und wissenschaftlich begleitet werden sowie die vorausschauenden Berichte anderer Stellen (z.B. NDB, BABS, TA Swiss, ETH CSS) stärker berücksichtigen. Der Horizont ist mit 10-15 Jahren zu kurz, um wichtige Einflussfaktoren für künftige Generationen erkennen zu können.

2.

Neue Formate für eine Diskussion der Anliegen künftiger Generationen werden geprüft.

- Besonders interessant erscheint hier **die Gründung einer Subkommission Zukunft** innerhalb der staatspolitischen Kommission. Dies würde eine Diskussion von Zukunftsfragen innerhalb etablierter parlamentarischer Kanäle ermöglichen.
- Ebenfalls begrüssenswert wäre ein **jährlicher Zukunftstag im Parlament**, an dem sich alle parlamentarischen Kommissionen mit langfristigen Zukunftsfragen beschäftigen und ihre Diskussionen anschliessend veröffentlichen.

3.

Die Task Force Wissenschaft des Bundesrates wird zu einem ständigen Gremium, dessen Aufgabe es unter anderem ist, die Auswirkung ihrer Entscheide auf künftige Generationen zu diskutieren.

Die COVID19-Pandemie hat aufgezeigt, wie wichtig wissenschaftliche Erkenntnisse im Umgang mit Krisen sind. Um das vorausschauende Element zu stärken, soll das Gremium zusätzlich eine **Vertretung künftiger Generationen beinhalten**. Diese sind von Krisen ebenso betroffen, wie die gegenwärtige Generation, können sich aber per Definition nicht selbst vertreten.





RISIKOMANAGEMENT

Die Schweiz soll die Chance ergreifen, ihre bestehenden Strukturen zum Risikomanagement im Bereich der **Risiken mit hohem Schadenausmass** zu stärken. Damit kann sie im Nachgang der Covid-19 Pandemie Führung übernehmen in der Sicherstellung globaler Resilienz gegenüber allen Extremrisiken.

1.

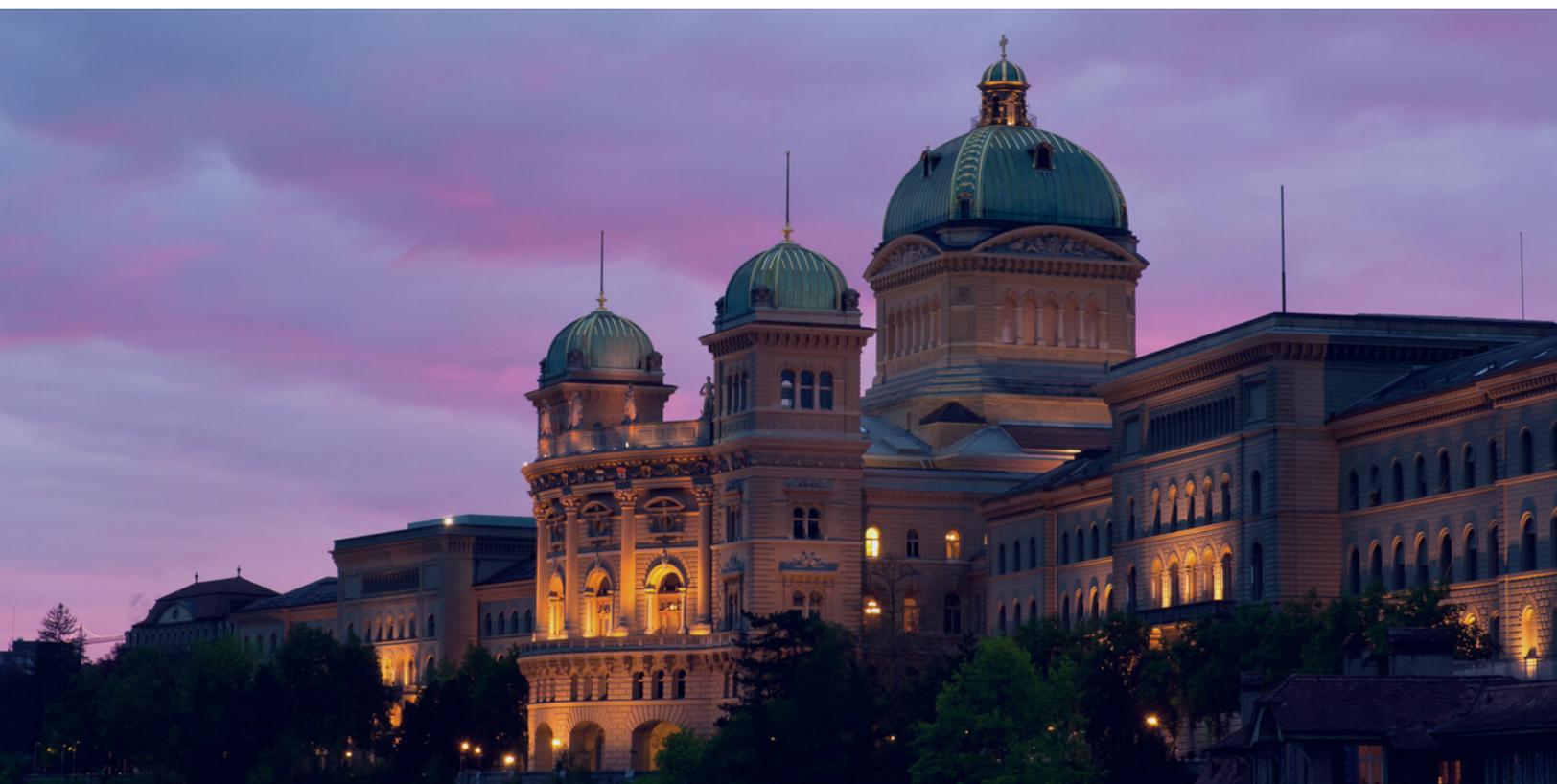
In den öffentlichen und vertraulichen nationalen Risikoanalysen der Bundesstellen, welche sich mit diesen Analysen befassen, wird Risiken mit hohem Schadenausmass mehr Bedeutung beigemessen.

Diese Risiken sollen von den Bundesstellen **konsequenter berücksichtigt** werden. Es findet eine **aktive politische Diskussion** der Risikoanalysen statt.

2.

Die Bundesstellen stärken die Zusammenarbeit im Risikomanagement, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) koordiniert die Arbeiten zur Analyse von Risiken mit hohem Schadenausmass.

Zudem soll einerseits der Chief Risk Officer im BABS ein Mandat erhalten, um ein **bundesverwaltungsübergreifendes Risikomanagement** umzusetzen. Andererseits soll das BABS unabhängige **Auditierungs- und Beratungsfunktionen für extreme Risiken** wahrnehmen.



BEIRAT



Nikki Böhler

Geschäftsführerin
OpenData.ch



Prof. Dr. Thomas Bernauer

ETH Zürich Professor
für
Politikwissenschaften



Dr. Franziska Oeschger

Leiterin Forum
Genforschung,
Akademie der
Naturwissenschaften
Schweiz



Prof. Dr. Karsten Donnay

Political Behavior
and Digital
Media, University
of Zurich



Dr. Myriam Dunn Cavelty

Senior Lecturer,
ETH Zürich
Center for
Security Studies



Nils Althaus

Kabarettist & dipl.
Biochemiker



Prof. Dr. Michael Stauffacher

Co-Direktor des
ETH Zürich
Transdisciplinary
Lab



Dr. Adina Rom

Direktorin ETH
Zürich for
Development



Ivo Nicholas Scherrer

Innovation
strategist



Dr. Nadia Schürch

Mikrobiologin,
Expertin
Biosicherheit /
Rüstungskontrolle



Dr. Florian Egli

Senior Researcher
Klima und
Finanzen, ETH
Zürich, IIPP und
foraus



Dr. Alain Mermoud

Leiter
Technologieüber-
wachung und -
prognose, EPFL
Cyber-Defence
Campus



Dr. Stefan Riedener

Ethiker,
Universität Zürich



Kevin Kohler

Forscher, ETH
Zürich Center for
Security Studies



Monika Plozza

Researcher,
Universität
Luzern



Aurel Schmid

Gründer im
Bereich
Solarenergie



Prof. Dr. Markus Wild

Philosoph,
Universität Basel



FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT

Pour Demain

www.pourdemain.ch
info@pourdemain.ch

Pour Demain
Mülhauserstrasse 75
4056 Basel